



Fortschritt nur durch Innovation

CO²-Debatte: FDP-Vize Wolfgang Kubicki warnt vor Alarmismus und Rigorismus

Wolfgang Kubicki ist neben Christian Lindner der in der Öffentlichkeit bekannteste Politiker der Freien Demokraten. Der studierte Volkswirt und Jurist war von 1992 bis 2017 Mitglied des Landtages von Schleswig-Holstein, wobei er in verschiedenen Zeitabläufen auch Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion war. Auch während der Zeit einer CDU/FDP-geführten Landesregierung (2009-2012) blieb Kubicki Fraktionsvorsitzender, weil er als Mitglied der Regierung seinen Beruf als Anwalt hätte ruhen lassen müssen. 2017 wurde Wolfgang Kubicki zum Spitzenkandidaten auf der schleswig-holsteinischen Landesliste der FDP zur Bundestagswahl 2017 gewählt. Im September 2017 zog er dann in den 19. Deutschen Bundestag ein. Noch im selben Monat wurde er zu einem der vier Stellvertreter des Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble gewählt.

Wolfgang Kubicki ficht in politischen Auseinandersetzungen häufig eine scharfe Klinge. Und er polarisiert gern – vielfach auch bei innerparteilichen Debatten. So entgegen der offiziellen Parteilinie auf dem FDP-Parteitag des Jahres 2018 mit der Forderung, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu lockern. Auch seine Ansichten zur Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen und zur Fridays for Future-Bewegung dürften nicht überall auf breite Zustimmung stoßen, wie Wolfgang Kubicki in einem Gespräch mit Hans-Peter Murmann deutlich machte.

? Über die Hälfte der weltweiten Kohlendioxid-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger wird von den vier Staaten China, USA, Indien und Russland verursacht. In Prozenten ausgedrückt China 25,6 Prozent, USA 16,9 Prozent, Indien 5,6 Prozent, Russland 5,3 Prozent. Der deutsche Anteil beträgt nur 2,4 Prozent, so die International Energy Agency.

Zu diesem Zusammenhang ein Zitat von Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann: „Selbst wenn ich in Baden-Württemberg den radikalsten Klimaschutz aller Zeiten machen würde, würde global die CO₂-Emission nur um 0,2 Prozent zurückgehen. Damit rette ich nicht die Welt.“ Was ist denn zu tun, um die Welt zu retten? Die Einführung einer CO₂-Steuer in Deutschland kann es doch wohl nicht sein...

Wolfgang Kubicki: Es ist richtig, dass die Länder, die Sie gerade genannt haben, deutlich mehr zu den weltweiten Kohlendioxid-Emissionen beitragen als Deutschland. Das darf für uns allerdings kein Kriterium sein, um auf eigene Maßnahmen zu verzichten. Als innovativer Hochtechnologiestandort muss es uns möglich sein, technische Lösungen zu finden, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Techniken also, die dann auch von anderen Ländern übernommen und angewandt werden könnten. In diesem Zusammenhang warne ich allerdings dringend vor dem sich

abzeichnenden Alarmismus und damit auch vor dem daraus resultierenden Rigorismus. Wir ersticken weder morgen noch in zehn Jahren in einer verschmutzten Umwelt und unsere Erdkugel wird es auch noch in 100 Jahren geben. Auch kann ich mir schwer vorstellen, dass die Fridays for Future-Bewegung die politischen Systeme in China und Russland von heute auf morgen verändern kann. Nichtsdestotrotz plädiere ich dafür, mit Augenmaß und Anpassungsfähigkeit sowie mit der Überschaubarkeit von zeitlichen Abläufen alle technischen Möglichkeiten zu nutzen, die Treibhausgase deutlich zu reduzieren. Im Laufe der Weltgeschichte wurde noch niemals Fortschritt durch Verzicht erzielt, sondern immer nur durch Innovation. Daher ist es unumgänglich, die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen zu stärken, um mit dem Problem fertig zu werden. Eine CO₂-Steuer würde das Problem mit Sicherheit nicht lösen. Vielmehr müssten wir über die Produktion alternativer Kraftstoffe nachdenken. Stichworte: Wasserstoff oder synthetisches Kerosin. Mit synthetischem Kerosin kann der Flugbetrieb weiter fortgeführt werden, ohne das Klima zu schädigen. Der Wirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz, mein Parteifreund Volker Wissing, hat in seinem Ministerium errechnen lassen, welche Investitionen notwendig sind, um weltweit für den Luftverkehr synthetisches Kerosin herzustellen. Wissing's Berechnungen er-

gaben, dass die Investitionskosten bei rund zehn Milliarden Euro anzusetzen sind. Allein die Luftverkehrsabgabe in Deutschland liegt bei rund einer Milliarde Euro, sodass die erforderlichen Investitionskosten darstellbar sind. Im Übrigen warne ich davor, dass seitens der Politik immer wieder versucht wird, festzuschreiben, mit welcher Technologie die Probleme zu bewältigen sind. So wurde bis zum Jahr 2015 der Dieselmotorkraftstoff durch die Bundesregierung massiv gefördert, um dann nur drei Jahre später als Teufelszeug apostrophiert zu werden.

? Inzwischen gibt es ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, nach dem die Einführung einer Steuer auf Kohlendioxid-Emissionen gegen das Grundgesetz verstößt. Der Staat dürfe nicht einfach neue Steuern erfinden, so die Bundestagsjuristen. Eine neue Steuer müsse sich vielmehr in die vorhandenen Steuerarten einfügen, also müsse den Charakter einer Ertrags-, Verkehrs-, Aufwands- oder Verbrauchssteuer einnehmen. Um eine CO₂-Steuer einzuführen, müsse das Grundgesetz entsprechend geändert werden, heißt es in der Expertise. Da Union und SPD im Bundestag nicht über die entsprechende Zweidrittelmehrheit verfügen, werden für eine Grundgesetzänderung auch die Stimmen aus dem Oppositionslager benötigt. Kann die Regierung auf die Unterstützung der FDP setzen?



Wolfgang Kubicki: Die Diskussion zu diesem Thema ist in unserer Fraktion noch nicht abschließend beendet. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass wir für die Erhebung einer neuen Steuer einer Grundgesetzänderung zustimmen.

? Umweltministerin Svenja Schulze will durch eine nationale Luftverkehrsabgabe das Fliegen teurer machen, um so den Flugverkehr zu reduzieren und damit auch den CO₂-Ausstoß zu senken. Peinlich nur, dass Ministerin Schulze im eigenen Hause – im Bundesumweltministerium – genau das Gegenteil von dem tut, was sie von anderen erwartet. Die Ministerin, ihre Staatssekretäre, Beamten und Angestellten sind allein von Januar bis Juli diesen Jahres zwischen den beiden Standorten des Ministeriums Bonn und Berlin 1.740 mal hin und her geflogen, statt auch – wie propagiert – den ICE zu nehmen. Stimmen Sie der Bewertung zu, dass das nicht nur heuchlerisch, sondern auch mit einer gehörigen Portion Doppelmoral verbunden ist?

Wolfgang Kubicki: Ihre Bewertung ist für mich zu scharf formuliert, aber ich meine, dass derjenige, der von der Bevölkerung Einschnitte beim Flugverkehr fordert, mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Grundsätzlich aber halte ich es für völlig verfehlt, wenn der Staat in den Preisbildungsmechanismus des Marktes eingreift. Was rechtfertigt eigentlich die Absicht, die Flüge so teuer zu machen, dass es sich nur

noch wenige Menschen leisten können, das Flugzeug als Transportmittel zu nutzen? Ich jedenfalls finde es unverschämt, den Menschen, die das ganze Jahr arbeiten und sich auf einen dreiwöchigen Urlaub freuen, ein schlechtes Gewissen einzureden, nur wenn sie nach Mallorca fliegen. Für mich ist die geplante Luftverkehrsabgabe neben der Frage nach der sozialen Gerechtigkeit vor allem Symbolpolitik, wenn man weiß, dass der Weltluftverkehr insgesamt nur zu zwei Prozent der CO₂-Emissionen weltweit beiträgt. Zum Vergleich: Das Internet setzt fast vier Prozent der CO₂-Emissionen frei. Da kann man den Kids von Fridays for Future nur vorschlagen, für den Klimaschutz die Handys auszuschalten.

? In einem Beitrag der Zeitung Die Welt halten Sie es für zwingend erforderlich, das Wachstum der Weltbevölkerung nachhaltig zu begrenzen, um zu einer Reduzierung des Kohlendioxydausstoßes zu kommen und fordern deshalb die Einberufung einer Weltbevölkerungskonferenz. Denken Sie hier an eine Ein-Kinder-Verordnung nach chinesischem Vorbild?

Wolfgang Kubicki: Nein, überhaupt nicht. Es ist das Recht einer jeden Familie, selbst zu entscheiden, wie viele Kinder sie in die Welt setzen möchten. Allerdings wissen wir, dass mit dem anwachsenden Bildungsstandard und dem damit verbundenen Anwachsen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft, verbunden mit

mehr Wohlstand, das Bedürfnis nach Reproduktion abnimmt. Das bedeutet, dass wir in den Ländern, in denen das Bevölkerungswachstum deutlich höher ist als in anderen Ländern, wir unsere Entwicklungshilfe auf die Verbesserung des Bildungsstandards konzentrieren müssen. Es gibt inzwischen Beispiele in afrikanischen Ländern, wo das gelungen ist. Kein geringerer als Ernst Ulrich von Weizsäcker vom Club of Rome hat vor einem Jahr gesagt, dass wir die heutigen Probleme nicht hätten, wenn wir auf dem Stand von 1972 bei der Weltbevölkerung stehengeblieben wären – nämlich bei 3,3 Milliarden Menschen. Wir müssen also feststellen, dass der Anstieg der Weltbevölkerung uns Riesenprobleme verschafft. Jeder Mensch muss ernährt werden, er muss gekleidet werden, er braucht eine Wohnung und er braucht Beschäftigung – verbunden mit Mobilität. Wenn mir dann meine Kollegen von den Bündnisgrünen sagen, der Mensch in Burundi verbrauche 40 mal weniger CO₂ als ein Deutscher, da kann ich nur entgegnen, dass es doch nicht das Ziel sein kann, die Menschen in Burundi auf dem Lebensstandard stehen zu lassen, auf dem sie jetzt sind. Dennoch gilt, wenn im Jahr 2100 auf dem Erdball rund elf Milliarden Menschen leben, werden wir unsere heute formulierten Klimaziele mit Sicherheit nicht erreichen können.

? Der Ökonom Arthur Laffer hat einen Zusammenhang zwischen Steuersätzen und Steueraufkommen hergestellt: Von

einem bestimmten Punkt an, das zeigt die „Laffer-Kurve“, wächst das Steueraufkommen nicht mehr, wenn man die Steuersätze weiter erhöht; es kann sogar sinken – nämlich dann, wenn die Besteuernden den Eindruck haben, dass sich Leistung nicht mehr lohnt. Anders gesagt, wenn der Arbeitnehmer von jedem zusätzlich verdienten Euro mehr als die Hälfte an Fiskus und Sozialversicherung abgeben muss – und das ist schon bei einem Durchschnittsverdiener der Fall – verzichtet er auf das Geld und entscheidet sich für mehr Freizeit. Wäre es nicht gerade für die FDP eine reizvolle Aufgabe, die sogenannte „Laffer-Kurve“ zum Anlass zu nehmen, mit der Steuerpolitik der Großen Koalition abzurechnen?

Wolfgang Kubicki: Unabhängig davon, dass Laffer-Kurve in der Wirtschaftswissenschaft umstritten ist, ist es in der Tat so, dass ab einem gewissen Punkt ein weiterer Zuverdienst keinen Sinn mehr macht. Wir erleben es gerade bei den Ärzten. Wenn diese ihr Budget ausgereizt haben, schließen sie die Praxis, weil sie sonst Gefahr laufen, in Regress genommen zu werden. Eine zu hohe Steuerlast zieht auch einen Steuervermeidungseffekt oder einen Steuerhinterziehungseffekt nach sich. Ab einer Steuer- und Abgabenlast von 50 Prozent beginnt für mich der Sozialismus. Deshalb warne ich dringend davor, zu glauben, dass man – bildlich gesprochen – die Kuh unendlich melken kann. Besonders schlimm ist, dass man sich heute als vermeintlicher Spitzenverdiener rechtfertigen muss, wenn man erfolgreich ist.

? Der Solidaritätsbeitrag wurde seinerzeit für alle Steuerzahler beschlossen und erhoben, wird aber nun nicht für alle abgeschafft, wie es die FDP fordert. Wäre hier nicht der Gang nach Karlsruhe angezeigt?

Wolfgang Kubicki: Wie bereits von Christian Lindner angekündigt, werden wir vor das Bundesverfassungsgericht gehen, wenn der Solidaritätsbeitrag bis zum Jahr 2020 nicht für alle Steuerzahler abgeschafft wird. Wenn wie geplant, ein Teil der Bevölkerung den Solidaritätsbeitrag weiter zahlen soll, liegt eindeutig ein Rechtsbruch vor. Es geht auch nicht an, dem Kind einen neuen Namen zu verpassen, also von Bildungssoli, Investitionssoli oder Klimasoli zu reden. Wenn eine solche Abgabe geplant ist, muss ein neues parlamentari-

sches Verfahren angestoßen werden. Kurzum: Entweder wird der Solidaritätsbeitrag für alle abgeschafft, oder seine Abschaffung wird durch das Bundesverfassungsgericht erzwungen.

? Der neue Mittelstandsbeauftragte der SPD, der erfolgreiche Manager und Unternehmer Harald Christ, hat sich gegenüber unserer Organisation als Anhänger einer sozialliberalen Koalition geoutet und die – wie er sagt – „industriefeindlichen Bündnisgrünen“ massiv attackiert. In diesem Zusammenhang darf ich an unseren Freund, den leider verstorbenen Bundestagsvizepräsidenten Dieter-Julius Cronenberg erinnern, der uns einmal sagte, dass die FDP die beste Mittelstandspolitik in der sozialliberalen Koalition verwirklichen konnte. Würden Sie Cronenbergs Satz auch im Jahr 2019 unterschreiben können?

Wolfgang Kubicki: Bedauerlicherweise hat Herr Christ, den ich im Übrigen sehr schätze, in der SPD relativ wenig zu sagen. Außerdem sind die Sozialdemokraten momentan nicht in der Größenordnung bei der Wählerzustimmung, die es erlaubt, intensiv über eine sozialliberale Koalition nachzudenken. Allerdings teile ich den Satz von Dieter-Julius Cronenberg: Die beste Mittelstandspolitik aus unserer Sicht wurde in der sozialliberalen Koalition gemacht. Auch wenn die Union vorgibt, sie würde Mittelstandspolitik betreiben: Ihre wirtschaftspolitischen Akteure haben in der Bundestagsfraktion kaum etwas zu sagen.

? Vor allen politischen Systemen ist das demokratische System das strukturell labilste, weil es mit dem Engagement seiner Bürger steht und fällt. Um Ex-Bundestagspräsident Lammert zu zitieren: „Die Demokratie ist gefährdet, wenn wir sie für selbstverständlich halten. (...) Und dass wir in Deutschland die Demokratie für selbstverständlich halten, ist mein sicherer Eindruck.“ Was läuft falsch in Deutschland?

Wolfgang Kubicki: Ich sehe mit Sorge, dass autoritäre Systeme einen gewissen Reiz entfachen. Auch hier in Deutschland. Da gibt es Unternehmer, die es toll finden, wie schnell man zum Beispiel in China eine Entscheidung treffen und durchsetzen kann. Und die genervt darüber sind, dass in Deutschland nicht nur demokratische Prozesse, sondern vielfach auch gerichtliche Entscheidungen notwendig sind. Dieser Hang zum Autoritären ist auch bei der Bewegung Fridays for Future zu beobachten, weil keine anderen Meinungen oder Abstimmungsprozesse zugelassen werden. Auch in einigen unserer Parteien verzeichnen wir den Hang zum Autoritären. Wenn ich sehe, was auf dem Berliner Wohnungsmarkt passiert, dass nämlich Linke und Grüne völlig bedenkenlos über Enteignung sprechen und darüber diskutieren, dass man Häuser erst einmal verfallen lassen muss, um dann weniger Entschädigung zu zahlen, dann erinnert das stark an die Devise der ehemaligen DDR: Ruinen schaffen ohne Waffen. Deshalb stimme ich Lammert uneingeschränkt zu: Demokratie muss immer wieder neu vorgelebt und erklärt werden. ■



Mit Wolfgang Kubicki sprach Hans-Peter Murmann